

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 CB
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: C8 96 846 pbbn d



Inhalt

Rudi Walther MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion, fordert die sofortige Senkung der Bankzinsen. Seite 1

Inge Donnep MdL, Mitglied des SPD-Parteivorstandes und nordrhein-westfälischer Justizminister, zur Bekämpfung von brutalen Video-Filmen. Seite 3

Hajo Hoffmann MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, setzt sich mit dem Sondermemorandum der alternativen Wirtschaftswissenschaftler auseinander. Seite 4

Volker Hauff, Bundesminister a.D., attestiert der neuen Bundesregierung Perspektivlosigkeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Seite 7

Nachruf: Zum Tod von Peter Raunau - Hartmut Miegel würdigt Leben und Arbeit des Mitbegründers des Sozialdemokratischen Pressedienstes. Seite 9

37. Jahrgang / 200

20. Oktober 1982

Zinssenkungen beschleunigen

Die Bundesbank und die Geschäftsbanken sind gefordert

Von Rudi Walther MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Man kann sich eigentlich nur wundern, wenn man hört, welche öffentlichen Reaktionen die kritischen Äußerungen von Helmut Schmidt über die Geldpolitik der Bundesbank hervorgerufen haben. Niemand stellt die Unabhängigkeit der Notenbank infrage, aber gerade weil die Bundesbank nicht demokratisch kontrolliert wird, ist es nicht nur erlaubt, sondern sogar dringend notwendig, sich auch öffentlich mit dem geldpolitischen Kurs auseinanderzusetzen. Schließlich haben geldpolitische Maßnahmen entscheidende Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat ausgerechnet, daß allein eine Zinssenkung um ein Prozent 180.000 zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Das muß man wissen, wenn Helmut Schmidt sagt, die Zinsen seien derzeit um zwei bis drei Prozent zu hoch. Man muß auch wissen, daß die Zinsen heute immer noch um rund drei Prozent höher sind als 1976 und zu Beginn des Jahres 1979; damals ermöglichte dieses relativ niedrige Zinsniveau ein Wirtschaftswachstum von real vier Prozent. Weil es bei geldpolitischen Fragen eben immer auch um die Verbesserung der Beschäftigungschancen geht, werden sich Sozialdemokraten nicht den Mund verbieten lassen und das sagen, was sie an Kritik für notwendig halten!

Natürlich können wir uns nicht völlig von der internationalen Zinsentwicklung abkoppeln; gerade Helmut Schmidt hat das immer wieder betont und auf die negativen Auswirkungen der US-Hochzinspolitik hingewiesen. Aber es geht darum, neu entstehende Spielräume für Zinssenkungen entschlossener und mutiger zu nutzen als das bisher geschehen ist. Die Geldpolitik hat bisher Zinssenkungen eher verhindert als beschleunigt:



Die Geldmengenausweitung durch die Bundesbank lag im vergangenen Jahr häufig im unteren Bereich des selbst gesteckten Zielkorridors, gegen Jahresende sogar deutlich darunter (unter vier Prozent).

Die Zunahme der Geldmenge reichte also nicht einmal aus, die unvermeidlichen Preissteigerungen auszugleichen und den Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten zu halten. Die Geldpolitik hat damit zusätzliche Arbeitslosigkeit produziert!

Hieß es vor einem Jahr noch, eine Verringerung des Leistungsbilanzdefizits ermögliche der Bundesbank eine geldpolitische Lockerung und eine Vergrößerung des Zinsabstandes zu den USA, ist genau das Gegenteil eingetreten. Obwohl die Leistungsbilanz inzwischen ausgeglichen ist, hat sich der Zinsabstand nicht vergrößert, sondern verringert. In der Bundesrepublik fielen die Zinsen bei weitem nicht so stark wie in den USA.

Die zögernde Haltung der Bundesbank veranlasste am 27./28. August 1982 das Handelsblatt zu der Forderung, die Bundesbank solle "der Entwicklung im Inland, der anhaltenden Wachstumschwäche und den steigenden Arbeitslosenzahlen etwas mehr Aufmerksamkeit schenken". Dem kann man nur zustimmen.

Die rigorose Hochzinspolitik in den USA hat für die ganze Weltwirtschaft verheerende Folgen ausgelöst. Jetzt geht es darum, zu verhindern, daß konservative wirtschaftspolitische Ideologien - sei es in der Geld- oder Finanzpolitik - die Krise immer weiter verschärfen. Daß Stoltenberg jede Kritik an der Geldpolitik als Überzogen bezeichnet, kann nicht verwundern. Zeigen doch die jüngsten Haushaltsbeschlüsse, daß Stoltenberg ohnehin die Linie der neokonservativen Wirtschaftsideologen Reagan und Thatcher verfolgt. In jüngster Zeit haben Graf Lambsdorff und Politiker der Union die Behauptung aufgestellt, es gäbe keine weltweite Wirtschaftskrise, sondern lediglich eine Summierung von "hausgemachten" Problemen. Auch wenn das so nicht zutrifft, sollte die Bundesbank jetzt durch eine zügige Zinssenkung ihren Anteil an den hausgemachten Problemen verringern. Morgen sollte der Zentralbankrat einen mutigen Beschluß fassen, der die vorhandenen Zinssenkungsspielräume voll ausschöpft und damit ein Signal zur wirtschaftlichen Erholung setzt.

Gefordert ist aber nicht nur die Bundesbank, jetzt müssen endlich auch die Geschäftsbanken ihren Beitrag leisten.

Das Betriebsergebnis der Banken ist - wie der neueste Monatsbericht der Bundesbank zeigt - im vergangenen Jahr um 40 Prozent angestiegen, vor allem deshalb, weil der Zinsüberschuß um rund sieben Milliarden DM auf 47 Milliarden DM angewachsen ist. Es kann nicht angehen, daß sich die Banken auf Kosten der gesamten Volkswirtschaft und auf dem Rücken der Arbeitslosen eine goldene Nase verdienen. Man kann verlangen, daß die Geschäftsbanken die Zinssenkungen, die sich aus der Lockerung der Geldpolitik ergeben, unverzüglich an ihre Kunden weitergeben, und das nicht nur auf der Einlagenseite, sondern auch bei den Kreditnehmern!

(-/20.10.1982/ks/rs)

+ + +



Kampf gegen Video-Brutalität

Justiz braucht Hilfe verantwortungsbewußter Bürger

Von Inge Donepp

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Millionenfach geistern Woche für Woche bluttriefende Zombies und Vampire mittels Video-Kassetten über die Fernsehschirme bundesdeutscher Wohnzimmer. Mehrere Tausend Video-Shops sorgen mit ebensoviel Titeln - wie "Der Killer mit der Bohrmaschine", "Hexen geschändet und zu Tode gequält" oder "Nackt und zerfleischt" für ebenso zügigen wie einträglichen Nachschub. Jugendliche, aber auch Kinder werden im "Vierten Programm" von einer Flut aus Sex, Horror und Gewalt überschwemmt und permanent der Gefahr psychischer Deformierung ausgesetzt. Offen preisen gewissenlose nur am Profit orientierte Geschäftemacher mit der Ware Brutalität ihre Machwerke an, die selbst bei tolerantester Beurteilung jenseits aller ethischen Wertmaßstäbe liegen: "Die Handlung, eine Serie grausamer Gewalttaten, findet statt vor dem mystischen Hintergrund einer Schreckensvision".

Die über den Bildschirm vermittelten - häufig pornographisch garnierten - Horrortrips können nur als "geistige Umweltverschmutzung" bezeichnet werden und haben in den Vereinigten Staaten bereits zu Klagen gegen die Hersteller wegen "unterschwelliger, unfreiwilliger Fernsehvergiftung" geführt. Die sozial-liberale Koalition hatte zwar durch die Strafbestimmungen über die "Verherrlichung von Gewalt" (Paragraph 131) und "Verbreitung pornographischer Schriften" (Paragraph 184) das nötige gesetzliche Instrumentarium geschaffen, um den "Brutalproduzenten" ihr einträgliches Handwerk zu legen. Doch wo kein Kläger, ist bekanntlich auch kein Richter. Die Staatsanwaltschaft aber befindet sich in einer schwierigen Lage, da ihr Einschreiten "zureichende tatsächliche Anhaltspunkte" für eine Straftat voraussetzt. Hinter reißerisch aufgemachten Kassettentiteln können sich aber durchaus harmlose Filmchen verstecken, hinter beschaulicher Beschriftung allerdings ebenso Kriegsverherrlichung oder Brutalo-Sex. Der Erfolg eines Streifzugs von Staatsanwälten durch die wie Pilze aus dem Boden schießenden Video-Shops mit ihren Kassettenbergen wäre selbst bei hohem Personal- und Kostenaufwand somit von vielen Zufälligkeiten abhängig. Die Justiz auf sich allein gestellt wäre mit dieser Aufgabe sicherlich überfordert. Um so dringlicher sind die Strafverfolgungsbehörden bei der Bewältigung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe auf die tatkräftige Unterstützung aller politisch verantwortlichen Kräfte, aber auch des einzelnen Bürgers, insbesondere der Eltern der von geistiger Austrocknung und Abstumpfung bedrohten Kinder und Jugendlichen angewiesen.

(-/20.10.1982/hi/rs)

Ein diskussionswertes Papier

Zum Sondermemorandum der Arbeitsgruppe "Alternativen der Wirtschaftspolitik"

Von Hajo Hoffmann MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

Eins fällt sofort auf: zum Sondergutachten der fünf Sachverständigen stehen Umfang und Diktion dieses Alternativ-Gutachtens im Kontrast. Letztes hat nur ein Drittel des Umfangs des traditionellen Papiers der Fünf, enthält aber dreimal soviel Anregungen. Während die Sprache der bestellten Gutachter den Rahmen üblicher Wirtschaftstexte einhält, klingt die der Alternativen hin und wieder verbalradikal - vielleicht ein Nachteil, da von Kritikern solche Passagen als unseriös abgewiesen werden könnten und damit den konstruktiven Gedanken weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Das alternative Memorandum ist in vier Kapitel gegliedert: Die soziale und wirtschaftliche Lage / die Wirtschafts- und Finanzpolitik / die "Wende" in der Sozialpolitik / beschäftigungspolitische Alternativen.

Dem ersten Teil, einer groben Bestandsaufnahme, ist hier nichts hinzuzufügen, wenn gleich internationale Vergleichsdaten fehlen.

Teil zwei offenbart zwei Schwächen. Offensichtlich sind sich die Autoren nicht einig in der allgemeinerpolitischen und wirtschaftspolitischen Bewertung des Regierungswechsels. Streckenweise wird der Eindruck erweckt, die neue Regierung sei nur eine konsequenter Fortsetzung der alten. In anderen Textstellen klingt die Kritik an den Entscheidungen der konservativen Regierung so, als attestiere man eine scharfe Veränderung. Die zweite Schwäche liegt in der Unterstellung, daß die bisherige Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesrepublik eine Parallele zur Entwicklung in Großbritannien und den USA darstelle. Auch der damit verbundene Begriff der Austeritätspolitik trifft für die alte Bundesregierung nicht zu. Ein kurzer Blick auf die Bundeshaushalte der letzten drei Jahre einschließlich ihrer Nachtragshaushalte weist ein Ausgabenwachstum nicht unterhalb der Inflationsrate nach. Dies ist sicher kein Nachweis expansiver Gegensteuerns, aber auch kein Beleg für klassische Austeritätspolitik.

Schon in Ziffer 4 (und auch im weiteren Text) vergeben sich die Autoren eine Chance, seriös auf eines der gravierendsten Probleme unserer Wirtschaft einzugehen. Selbstverständlich ist es richtig und wichtig, auf die überhohen Rüstungsausgaben hinzuweisen und die Verselbständigung des militärisch-industriellen Komplexes hart zu kritisieren. Diese sinnvollen Hinweise werden durch unkorrekte Mengenaussagen entwertet. Die "Steigerung der Militärausgaben" wird gezeigelt. Richtig ist, daß selbst für den bisherigen Haushaltsentwurf 1983 keine reale Steigerung der Militärausgaben vorgesehen ist. Die Prozentanteile des Verteidigungsetats am jeweiligen Gesamthaushalt des Bundes betrug 1970 3 22 Prozent / 1975 = 20 Prozent / 1980 = 18 Prozent. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Das Schändliche liegt darin, daß Sozialausgaben gekürzt werden, während zur selben Zeit die Verteidigungsausgaben nicht gekürzt werden. Allein schon aus diesem Grund wird in den nachfolgenden Jahren der Prozentanteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt wachsen.

Die Ungenauigkeiten setzen sich in Ziffer 6 und 7 fort. Dort heißt es, der Militärapparat werde ausgebaut (dagegen: unser Beschluß der Stellenreduzierung gilt auch in diesem Bereich und wird nach SPD-Wunsch in härterem Umfang auch für die Wehrbeschaffung angestrebt), die Rüstungsunternehmen profitieren "vor allem" durch die Umverteilungspolitik, insbesondere, da eine "beschleunigte Aufrüstung" vollzogen werde. Hier macht man sich Kritik sehr einfach. Die eigentlichen Ursachen und künftigen Wirkungen verlangen nach einer Untersuchung, die tiefer greift. Hilfestellung wird hiermit (vom Autor) angeboten!



Richtig ist die Aussage, daß die Mißbrauchsdiskussion "nur ein Alibi für einen Einstieg zur Öffnung weitreichender Perspektiven des Sozialabbaus" ist. Aus dem Text wird allerdings nicht ausreichend klar, ob man sich bewußt ist, daß wir vor einer historisch neuen Diskussionsrunde über die Zukunft der Sozialpolitik unter den Bedingungen geringer oder ausbleibender Wachstumsraten stehen. Ebenso richtig ist die Kritik an der hintergründigen konservativen Formulierung, die Streichungen im Sozialbereich seien in der Richtung korrekt aber "nicht genug", da damit eine gezielte "Immunsisierung" der Überprüfung des Sinns solcher Kürzungen betrieben wird. Hilfreich der Hinweis (den Willy Brandt auch ausgesprochen hat), daß unser Sozialsystem nicht die Ursache der Wirtschaftskrise ist, es aber durch die Krise gefährdet wird.

Nachdenkenswert ist der Hinweis, wer die Gewinner der Umverteilung sind (außer der bekannten Tatsache, daß Krisen Reiche reicher werden lassen): "Ökonomisch vorteilhaft ist eine solche Entlastung durch staatliche Sparpolitik nur für jene Unternehmen, die von der Kostenentlastung profitieren, ohne von dem Ausfall an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage betroffen zu sein." Dies seien besonders die exportorientierten Betriebe und solche, die unmittelbar von expandierender Staatsnachfrage profitierten. Damit verbinden die Autoren die Kritik an einer aggressiven Außenwirtschaftspolitik, (wahrscheinlich eine realistische Aussage), die ideologisch mit der Beschwörung des liberalen Welthandels (insbesondere gegenüber den Staaten der Dritten Welt) verbrämt wird.

Im Abschnitt drei wird unter Ziffer 8 die erste der in diesem Text kritisierten Schwächen besonders deutlich. Das Gutachten versucht nicht einmal im Ansatz eine Beschreibung der materiellen Ursachen des Koalitionsbruchs und des daraus folgenden Regierungswechsels. Wahrscheinlich hat die Ideologie vom "kleineren Übel SPD" das Auge getrübt. Während sich in Folge der Regierungswechsel 1966 und 1969 geradezu Scharen von Analytikern auf die Ursachenforschung gestürzt hatten, unterbleibt das bisher. Ebenso wenig wird versucht, die Spar-"Operation '82" auf ihr Zustandekommen zu untersuchen. Deshalb unterlaufen hier Flüchtigkeitsfehler (Zahlen der Auswirkung der Operation sind falsch).

Zwischen den Zeilen der Detail-Auflistung von Streichungen im Sozialsystem offenbart sich ein mangelndes Problembewußtsein über das Funktionieren der Solidarversicherungen. Das System der Arbeitslosen-, der Kranken- und der Rentenversicherung entstand aus dem Gedanken der gegenseitigen solidarischen Lastenverteilung. Der Zahlungsfähige (in der Regel: der Arbeitende) zahlt für den nicht-zahlungsfähigen Arbeitslosen, Kranken und Rentner. Dieses in Zeiten kräftiger Wachstumsraten ausgebaute System kommt nicht durch Konjunkturschwankungen ins Wanken. Langfristige Strukturschäden und Wirtschaftskrisen zehren aber an seiner Substanz. Vor diesem Dilemma darf man nicht die Augen verschließen. So ist die Behauptung eines "Ausstiegs des Bundes aus der Finanzierung der Arbeitslosigkeit" angesichts der riesigen 'Wachstumsraten' der Zuwendungen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit geradezu absurd. Demgegenüber sind die Beschreibungen über die Wirkung der Bundesmaßnahmen im Bereich der Rentenversicherung (gefährliche Konjunktur- und Arbeitsmarktabhängigkeit), des Zusammenhangs mit der Krankenkasse und mit der Arbeitslosenkassenüberweisung an die Rentenversicherung (doppelte Bestrafung von Arbeitslosigkeit) richtig. Auch die Kritik an den Selbstbeteiligungsregelungen im Krankheitsfall und das Schonen von Ärzten und Pharmazeutischer Industrie sind bitter und wahr.

Der Zusammenhang mit Sozialkürzungen einerseits und zusätzlicher Belastung der Sozialhilfe andererseits ist richtig erkannt. Es muß wundern, wenn dieses Problem bisher auf Länder- und Kommunalebene nicht zu härteren Protesten geführt haben.

Auch die Hinweise auf den Zusammenhang zwischen einkommensabhängigen Kürzungen des Kindergelds und den noch nicht konkret absehbaren Auswirkungen der geplanten Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Familiensplitting klingen plausibel: Was den Besserverdienenden auf der einen Seite genommen wird, stellt man ihnen durch 'Verbesserung' der Splittingregelung wieder in Aussicht. In diesen Zusammenhang gehörte aber auch das Thema Kinderbetreuungsfreibetrag, eine ebenso für Besserverdienende wirkende Maßnahme.

Wichtig ist das Ansprechen der theoretischen Auseinandersetzung über das Subsidiaritätsprinzip (Ziffer 11). Hier wird angedeutet, in welcher Weise das konservative Ziel der Reprivatisierung öffentlicher gesellschaftlicher Leistungen mit den Zielen der Selbst-



hilfebewegung kollidiert. Diese hochinteressante Auseinandersetzung (hinter der sich übrigens teilweise eine starke Unsicherheit einiger "Alternativer" und "Grüner" versteckt, die sich unversehens mit Konservativen in einem Boot wiederfinden können) wird in nächster Zeit noch konkretisiert werden müssen.

Teil vier umfaßt einen Katalog von beschäftigungspolitischen Alternativen, den die Autoren des Gutachtens als unverzüglich realisierbar betrachten:

1. Ein zeitlich befristetes Verbot von Massenentlassungen.

Darüber läßt sich reden, zumal sich dies im Fall von Firmenzusammenbrüchen oft nur noch (rein volkswirtschaftlich betrachtet) um die Frage dreht, ob die gesellschaftlichen und persönlichen Folgen stärker über die Bundesanstalt für Arbeit oder über eine unmittelbare Subventionierung der Unternehmen aus Bundes- und Länderhaushalten (Ressorts Wirtschaft und Finanzen) finanziert werden. Dennoch überrascht die Memorandumsaussage, man könne in solchen Fällen (zum Beispiel Stahlindustrie, Werften...) "politisch kontrollierte Subventionen zum Ausgleich nachgewiesener Verluste" zahlen. Dem Mißbrauch kann hier Tür und Tor geöffnet werden.

2. Ein 200-Milliarden-DM-Zukunftsprogramm (Jahresrate 20 Milliarden DM) wiederholt die Forderungen früherer Alternativgutachten. Zielrichtung und Sektoren kann man nur unterstützen (zum Beispiel Energieeinsparung, Wohnungsbau, berufliche Bildung, öffentlicher Nahverkehr, Stadtsanierung, Humanisierung der Arbeit, Umweltschutz, soziale Dienste). Auf das Finanzierungsproblem komme ich noch.

3. Senkungen der Militärausgaben (vier Milliarden DM) und der Finanzhilfen des Bundes an Unternehmen (1,4 Milliarden DM) sind in der Tendenz richtig, im Umfang unrealistisch. Die Obergrenze einer kurzfristigen Begrenzung von Militärausgaben liegt meiner Meinung nach bei zwei Milliarden DM und im Bereich der Subventionen bei einer Milliarde DM. Hier entsteht im Kalkül schon eine Finanzierungslücke von 2,4 Milliarden DM und mehr.

4. Der Einsparkatalog unter "viertens" enthält Richtiges (Ehegattensplitting, Bauherrenmodell und Verlustzuweisungsgesellschaften), Halbrichtiges (Steuervergünstigungen; muß differenziert werden) und Problematisches (Quellenbesteuerung). Das letzte Thema eignet sich zur Darstellung eines Wirkungszusammenhangs in einem reformkapitalistischen Wirtschaftssystem. Wenn durch die Besteuerung von Zinseinkünften die Differenz zwischen Inlandszinsen und Auslandszinsen zugunsten höherer Zinserträge im Ausland wächst, so erbringt die Besteuerung im Saldo keine Mehreinnahmen, sondern Kapitalexport und damit kontraproduktive Auswirkungen. Unter dem Stichwort "Schaffung neuer Steuerquellen" stehen Punkte, die konsensfähig sind (Ergänzungsabgabe, Abschöpfung der windfall-profits, Bodenwertzuwachssteuer, Luxusgutsteuer), ebenso die Ausweitung eines allgemeinen Arbeitsmarktbeitrags.

Allerdings hat die Berechnung der Finanzauswirkung dieser Maßnahmen einen kräftigen Haken: Die von den Autoren berechnete und verteidigte Nettokreditaufnahme beläuft sich angeblich auf 40 Milliarden DM. Diese Addition ist unseriös. Grob geschätzt wächst sie auf das Doppelte, wenn man die Einzelpositionen (s.o.) realistisch bewertet.

5. Diese Tendenz wird verstärkt durch die (von mir weitgehend geteilte) Forderung nach Rücknahme von Sozialsparmassnahmen. Aber auch hier lohnte eine Einzeluntersuchung.

6. Globale weitere Maßnahmen werden grob angegeben und müßten etwas genauer unter die Lupe genommen werden. So ist die Forderung nach Ermäßigung der Hochzinspolitik richtig, aber kompliziert. Die Stärkung der Masseneinkommen ist ein begrüßenswertes Ziel. Ein Ausbau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (übrigens auch von den fünf Sachverständigen gerade gefordert) ist sinnvoll. Das Ziel der Arbeitszeitverkürzung wird akzeptiert. Ebenso richtig ist die Forderung, die angekündigte gravierende Verschlechterung der Mietgesetze zurückzuweisen.

Bei aller Unterstützung der aufgelisteten Maßnahmen muß aber festgehalten werden: Sie kosten erheblich mehr als prognostiziert. Der erwünschte Erfolg (der auch Voraussetzung für später kräftiger sprudelnde Staatseinnahmen ist) kann durch Auslandsabhängigkeiten sehr stark unterlaufen werden. Deshalb ist dieser Weg auch risikoreich. Leider wird dieser Aspekt (zum Beispiel unter dem Stichwort massiven Kapitalexports) praktisch nicht berücksichtigt. Hier bleibt noch eine Lücke.

Alles in allem: Ein diskussionswertes Papier, dem zu wünschen ist, das es mindestens die gleiche umfangreiche Resonanz in den Medien findet, wie das längere, aber schwächere Papier der "Fünf Sachverständigen".

(-/20.10.1982/ks/rs)

Hehre Prinzipien - sonst nichts

Kohl steht für eine Umweltpolitik ohne Perspektive und Orientierung

Von Dr. Volker Hauff MdB
Bundesminister a.D.

An keiner Stelle der Regierungserklärung wird die Perspektivlosigkeit der Bundesregierung so deutlich wie auf dem Gebiet des Umweltschutzes. An keiner Stelle ist der Unterschied zwischen der Regierungserklärung von Helmut Schmidt und der von Helmut Kohl so deutlich.

Herr Kohl hat hier offensichtlich als Generalist einige hehre Prinzipien formuliert, die schlicht nichtssagend sind. Die Worte klingen, aber es gibt keine Perspektive, keine Orientierung. Was soll die Aussage: "Wir wollen eine Gesellschaft, die sich ihrer Verantwortung für die Natur bewußt ist ... Dabei vertrauen wir besonders auf die Mitarbeit unserer Landwirtschaft."? Kohl hat nicht verstanden, daß die besorgten Bürger keine nichtssagenden Gemeinplätze hören wollen, sondern klare Antworten auf klare Fragen.

Am 1. September 1982, also vor wenigen Wochen, hat die Bundesregierung unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Schmidt konkrete Beschlüsse zum Umweltschutz gefaßt. Mit Zustimmung der FDP-Minister:

- Wir hatten beschlossen, daß das bestehende Umweltrecht noch konsequenter angewandt wird. Gilt das noch für die CDU/CSU-FDP-Koalition?
- Wir hatten beschlossen, daß das Waldsterben gestoppt wird; durch Auflagen an Großanlagen, die Investitionen in der Größenordnung von sieben Milliarden Mark führen werden und damit zukunftsorientierte Arbeitsplätze schaffen. Gilt das noch?
- Wir hatten beschlossen, daß die wenig belasteten Gebiete der Bundesrepublik einen besonderen Schutz erhalten. Gilt das noch?
- Wir hatten beschlossen, bei der Begrenzung der Abgase von Autos einen neuen Vorstoß innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu machen. Gilt das noch?
- Wir hatten beschlossen, bei der Gewässersanierung Gesamtinvestitionen von 3,5 Milliarden Mark vorzunehmen. Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen. Gilt das noch?
- Wir hatten beschlossen, zum Schutz der Nordsee ein Schwerpunktprogramm zu erarbeiten. Gilt das noch?



Auch Herr Genscher hatte diesen Beschlüssen zugestimmt. Meine Frage heute: Gelten diese Beschlüsse noch? Wenn ja, warum wird der Umweltschutz in der Koalitionsvereinbarung mit keinem Wort erwähnt? Warum hat der FDP-Vorsitzende den Umweltschutz in seinem Debattenbeitrag mit keinem Wort gewürdigt? Und die wichtigste Frage: Hat Genscher den FDP-Innenminister Baum über die Klinge springen lassen oder hat er auch dessen Politik verkauft?

Das Schweigen Genschers weckt erhebliche Zweifel an seiner Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Da bleiben viele Fragen offen. Wir Sozialdemokraten werden sorgfältig darauf achten, daß die richtigen Beschlüsse vom September 1982 auch umgesetzt werden. Die bisherige Arbeit im Umweltschutz war erfolgreich. Das wird auch in der Regierungserklärung bestätigt.

Nur der zuständige Ressortminister macht das Gegenteil. Er feuert den für Umweltschutz zuständigen Abteilungsleiter im Innenministerium mit den Worten: "Ich pensioniere Sie, weil ich überhaupt nicht einverstanden bin mit Ihrer Umweltpolitik." Was gilt hier eigentlich?

War die bisherige Umweltschutzpolitik erfolgreich oder gibt es auch hier eine Wende? Der zurückgetretene FDP-Generalsekretär Günther Verheugen hat recht, wenn er das Verhalten des Baum-Nachfolgers Zimmermann ein Alarmzeichen genannt hat.

Wessen Wort gilt? Das von Bundeskanzler Kohl oder das von Bundesinnenminister Zimmermann?

Ich bin sicher, diese Fragen werden in wenigen Wochen klar beantwortet sein. Auch im Umweltbereich gilt: Diese Bundesregierung redet von geistiger Führung, aber löst dieses Versprechen nicht ein. Sie bleibt die Antworten schuldig und schafft damit Unsicherheit und Orientierungslosigkeit. (-/20.10.1982/ks/ca)

+ + +



Zum Tod von Peter Raunau

Der Mitbegründer des SPD-Pressedienstes starb im 80. Lebensjahr

Von Hartmut Miegel

Am 12. November wäre Peter Raunau 80 Jahre alt geworden. Wenige Tage vorher ist er jetzt in Hannover gestorben. Diese Todesnachricht trifft tief. Denn Peter Raunau war, wie einer seiner jüngeren Kollegen in der Redaktion einmal sagte: "Der menschlichste Mensch, den ich kenne." Und dies zeichnete Peter Raunau stets aus. Unvorstellbar, daß er Feinde gehabt hätte.

Der Journalismus ist für den Pastorensohn Raunau aus Berlin-Adlershof, der zuletzt bis 1968 Chefredakteur der "Hannoverschen Presse" war, nicht Traumberuf der Kindheit schon gewesen. Zuerst machte er nach dem Abitur eine Banklehre durch. Er durchlitt sie vielmehr, denn trockene Zahlen waren seine Sache nie. Mehr zufällig kam er in den frühen 20er Jahren in Berlin in das Korrespondenzbüro seines späteren Freundes Alfred Gerigk.

Deutsche Geschichte erlebte er da in der alten Reichshauptstadt, wie Gerigk zu Peter Raunaus 65. Geburtstag schrieb: "Die Wirtschaftskrise zog herauf, Brüning kam, Brüning stürzte. Papen kam, Papen stürzte. Schleicher kam, Schleicher stürzte."

Damals lernte Raunau auch Fritz Sänger kennen, der über beider gemeinsamer Journalistenzeit schrieb: "In diesem Leben haben wir Jahre gemeinsam verbracht, die uns lehrten, daß dieser Beruf kein Zuckerschlecken ist - aber der schönste, den es gibt, wenn er mit dem Denken und Wollen freier Menschen ausgeübt werden kann."

Doch dann kam Hitler. Da war denn auch bald für Peter Raunau "der Beruf kein Beruf mehr". In Bayern verbrachte er die letzten Jahre der NS-Zeit, kurz vor Kriegsende auch noch einmal für wenige Tage als Soldat eingezogen.

In Bayern entdeckte ihn Fritz Sänger 1945 wieder. In der "Braunschweiger Zeitung", der ersten deutschsprachigen nach der Kapitulation in der britisch besetzten Zone, wurde Peter Raunau politischer Redakteur.

Dann gründete er mit Sänger 1946 den "Sozialdemokratischen Pressedienst". Als Sänger dort ausschied, leitete Raunau den Dienst. Zuerst in Hannover, dann in Bonn. Aus der Bundeshauptstadt ging er 1957 als Studioleniter für den Westdeutschen Rundfunk nach Düsseldorf. Doch da hielt es ihn nicht lange. Sein Herz gehörte immer der Zeitung. So nahm er auch freudig das Angebot an, Chefredakteur der "Hannoverschen Presse" zu werden.

Gediegenheit und Zuverlässigkeit kennzeichneten seine Arbeit. Die spitze Feder lag ihm nicht, er wollte nicht verletzen - und hat so wohl mehr für seine sozialdemokratische Partei und für die Demokratie, für Deutschland bewirkt als mancher Schlagzeilenzauberer. Das nur Oberflächliche mochte er nicht. Nicht bei Menschen und nicht in der Politik.

Und noch einem war der "geborene und gelernte Berliner", wie er sich gern nannte zeit-lebens abhold: der steifen Feierlichkeit. "Es braucht aber einer nicht würdig feierlich zu sein, um respektiert zu werden", beschrieb ihn sein Kollege Hans-Joachim Toll in einer Geburtstagslaudatio, "dazu gehört anderes, dazu gehören menschliche und berufliche Tugenden und Fähigkeiten, gehören die ernsthaften und liebenswürdigen Eigenschaften und Gaben des Geistes wie des Herzens". Peter Raunau hatte sie. Der nun endgültige Abschied von ihm fällt schwer. (-/20.10.1982/ks/rs)

+ + +

